

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #11/2016

19. März 2016

Die Fragen stellte Leon Kumpfmüller, Student der Kulturwissenschaften an der Viadrina in Frankfurt/Oder.

Leon Kumpfmüller:

Frau Bundeskanzlerin, am Dienstag besuchen Sie die „Manege“ im Don-Bosco-Zentrum, eine Jugendsozialeinrichtung in Berlin-Marzahn. Das Thema Jugendarbeitslosigkeit ist immer noch aktuell. Zwar hat sie auch in Berlin – und insbesondere in Berlin-Marzahn – stark abgenommen, liegt aber immer noch über dem Bundesdurchschnitt. Was hat die Bundesregierung in den letzten Jahren auf den Weg gebracht, um die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren?

Bundeskanzlerin Merkel:

Ja, ich freue mich erst mal auf den Besuch dieses Projekts, weil ich schon viel davon gehört habe; dass es sich eben auch gerade Jugendlicher annimmt, die es sehr schwer haben, den Weg ins Arbeitsleben zu finden. Oft brauchen wir hier einfach einen Anfangsimpuls, der Menschen zeigt: Wie geht es voran? Wir haben in Deutschland eine ziemlich geringe Jugendarbeitslosigkeit von durchschnittlich 5,5 Prozent; das ist der geringste Durchschnitt in ganz Europa, darauf können wir stolz sein. Aber jeder einzelne junge Mensch, der keine Arbeit hat, ist zu viel. Und in Berlin sind es knapp oder gut zehn Prozent, in Marzahn 9,4 Prozent, und da zeigt sich schon, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt. Wir haben durch die Allianz für Aus- und Weiterbildung in der Bundesregierung – mit den Partnern Wirtschaft und Gewerkschaften – eine Möglichkeit, uns vieler junger Menschen anzunehmen. Natürlich sind hier auch die Projekte der Jugendhilfe eine Möglichkeit. Wir haben die Aufgabe, die europäische Jugendgarantie umzusetzen. Das heißt, dass binnen vier Monaten jedem jungen Menschen auch Angebote zur Verfügung gestellt werden. Aber es ist oft nicht nur die Tatsache „Krieg ich ein Angebot?“, sondern, es ist auch der Weg dahin: Wie komme ich an dieses Angebot? Wie schaffe ich dann auch den Einstieg? Wie werde ich begleitet? Weil diejenigen, die sich schwertun und die vielleicht auch schon ein oder zwei Jahre arbeitslos waren, erst wieder zurückfinden müssen. Und das ist deshalb so wichtig an so einem Projekt.

Was plant denn die Bundesregierung für die Zukunft, und was könnten Einrichtungen wie die „Manege“ im Don-Bosco-Zentrum zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit in den kommenden Jahren beitragen?

Ja, wir planen für die Zukunft natürlich das fortzusetzen, was wir schon tun. Die Bundesarbeitsministerin, die Bundesjugendministerin haben hier einiges. Natürlich ist hier auch viel Länderzuständigkeit, aber die Bundesagentur für Arbeit kümmert sich auch ganz gezielt um junge Menschen. Und wir brauchen auch gerade Anlaufpunkte für junge Menschen mit Schwierigkeiten. Und da sind zum Beispiel die Mehrgenerationenhäuser oder Jugendzentren, wie sie auch von den Ländern unterhalten werden, ein sehr, sehr gutes Mittel.

Es gibt einige Regionen in Deutschland, die mit Begriffen wie hoher Arbeitslosigkeit und sozialen Brennpunkten in Verbindung stehen. Wie kann man solchen Entwicklungen begegnen, und was können die Leute vor Ort tun?

Wir müssen natürlich versuchen, solche Regionen in besonderer Weise zu fördern. Und hier haben wir einige Hilfen der Bundesregierung für Kommunen schon nicht nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel ausgerichtet, also nach der Zahl der Menschen, die dort wohnen und nach der Wirtschaftskraft, sondern nach der Frage der Bedürftigkeit. Wir haben zum Beispiel die Grundsicherung seitens des Bundes übernommen, das heißt die Gelder für ältere Menschen, die unterhalb des Mindestrentenniveaus liegen und die Zuschüsse brauchen. Und indem wir also Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, mit schwierigen Biografien besonders unterstützen, bekommen diese Kommunen auch mehr Spielräume, etwas von ihrer Seite aus zu tun, um Menschen, die in die Arbeitslosigkeit kommen, zu helfen. Wir werden auch die kommunalen Hilfen in Zukunft darauf ausrichten. Der Bundesfinanzminister hat extra ein kommunales Hilfsprogramm für Kommunen gemacht, die besonders schwierige Haushaltslagen haben; die fallen oft zusammen mit Kommunen, die eben auch soziale Schwerpunkte sind. Und dann hat auch die Bundesagentur für Arbeit natürlich hier, an dieser Stelle, besonders viele Programmschwerpunkte. Die Jobcenter bieten hier eine Möglichkeit und eben auch die Allianz für Aus- und Weiterbildung.

Aus Krisengebieten kommen auch viele unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge nach Deutschland. Was können Bund und Länder tun, um diesen die Integration und eine Zukunft in Deutschland zu ermöglichen?

Die vielen unbegleiteten minderjährigen – wie wir sagen – jungen Menschen sind im Zuständigkeitsbereich der Jugendhilfe. Das ist eine riesige Aufgabe für den Bund, aber vor allen Dingen für die Länder und für die Kommunen. Trotzdem ist es richtig, weil sie durch die Jugendhilfe auch die richtige Förderung bekommen, und der Bund hat sich auch an den Kosten für die Betreuung der unbegleiteten Minderjährigen beteiligt. Für uns ist vorrangig natürlich: Schulbildung, das heißt, auch sehr schnell die Sprache zu lernen. Viele Bundesländer, zum Beispiel Berlin, haben Willkommensklassen, wo eben dieses Sprachlernen im Mittelpunkt steht, um dann möglichst schnell den Übergang in die normale Schulbildung zu erzielen. Und wir werden auch sicherstellen – haben es heute teilweise schon, aber rechtlich noch mal klarstellen –, dass auch junge Menschen, wenn sie eine Ausbildung angefangen haben, dann – auch wenn sie vielleicht schon älter sind als durchschnittliche Deutsche – die Lehre zu Ende machen können, die Ausbildung zu Ende machen können; und dann auch noch die Möglichkeit haben, anschließend mindestens zwei Jahr zu arbeiten. Denn das ist wieder für diejenigen, die eine Lehrstelle zur Verfügung stellen – die Handwerker, die Mittelständler, die großen Betriebe – natürlich wichtig, dass sie nicht ausbilden, und dann muss der Jugendliche vielleicht wieder das Land verlassen. Das alles gilt für junge Menschen, die als Flüchtlinge hierher kommen, wenn sie dann über 18 sind, die natürlich auch eine Bleibeperspektive haben. Aber – minderjährige Jugendliche werden alle vernünftig betreut.